

Das Informationssicherheitsgesetz (ISG) und IT-Beschaffungen – Ein Leitfaden für KMU

Studiengang: MAS-IT Business Analyst

Mit dem Inkrafttreten des Informationssicherheitsgesetzes (ISG) gelten verbindliche Mindestanforderungen an die Informationssicherheit des Bundes und seiner Leistungserbringer. Viele KMU tun sich schwer, geforderte Nachweise effizient zu erbringen. Die Arbeit entwickelt einen praxisnahen Leitfaden, der KMU bei ISG-konformen Angeboten Orientierung gibt und die Umsetzung strukturiert unterstützt.

Am 1. Januar 2024 trat in der Schweiz das Informationssicherheitsgesetz in Kraft. Es verpflichtet Bund und beauftragte Unternehmen, Mindestanforderungen an die Informationssicherheit einzuhalten und diese gegenüber Vergabestellen nachvollziehbar zu belegen. Für Anbieterinnen und Anbieter in der öffentlichen IT-Beschaffung, insbesondere für KMU, entstehen dadurch zusätzliche Anforderungen an Organisation, Prozesse und Dokumentation. Viele verfügen nicht über ein formales Managementsystem oder die Ressourcen, um die geforderten Nachweise in der notwendigen Tiefe und Zeit zu erstellen.

Ziel der Arbeit ist es, die regulatorischen Vorgaben in praxistaugliche Schritte zu übersetzen und ISG-konforme Angebote mit vertretbarem Aufwand vorzubereiten. Die Leitfrage lautet, wie KMU die geforderten Nachweise risikoorientiert, verhältnismässig und wiederverwendbar aufbereiten können, ohne ihre Teilnahmechancen zu beeinträchtigen. Der Blick richtet sich zugleich auf Vergabestellen, deren Klarheit und Einheitlichkeit der Anforderungen wesentlich sind für eine reibungsarme Durchführung.

Methodisch stützt sich die Studie auf eine systematische Analyse des rechtlichen und normativen Rahmens sowie auf leitfadengestützte Experteninterviews aus Verwaltung und Wirtschaft. Die Auswertung erfolgt als qualitative Inhaltsanalyse. Auf dieser Grundlage werden wiederkehrende Muster, typische Stolpersteine und praktikable Vereinfachungen herausgearbeitet und zu umsetzbaren Empfehlungen verdichtet.

Die Ergebnisse zeigen erstens, dass Herausforderungen weniger durch eine einzelne Vorgabe entstehen, sondern durch die kumulative Wirkung mehrerer Regelwerke. Verhältnismässigkeit wird in Frage gestellt, wenn Aufwand und Auftragsvolumen nicht im Einklang stehen. Zweitens erhöht sich die Bearbeitungsqualität, wenn Anforderungen früh, klar und einheitlich kommuniziert werden und wenn

strukturierte Vorlagen verfügbar sind, etwa für Schutzbedarf, Selbstauskunft und Sicherheitsnachweise. Drittens können KMU auch ohne Zertifizierung belastbare Unterlagen liefern, wenn sie ein schlankes Set an Richtlinien, Prozessen und Kontrollen konsistent dokumentieren, Verantwortlichkeiten festhalten und Schnittstellen zur Vergabestelle beschreiben. Viertens wirken Sensibilisierung, klare Rollen und wiederverwendbare Bausteine wie Textmodule, Checklisten und Artefakte als Beschleuniger in der Angebotserstellung.

Als Kernergebnis legt die Arbeit einen kompakten Leitfaden für KMU auf zwei Seiten vor. Er ist in vier Teile gegliedert: Vorbereitung, Erforderliche Nachweise und Dokumente, Angebots-Check und Kommunikation sowie Hilfreiche Links und Ressourcen. Der Leitfaden orientiert sich am tatsächlichen Ablauf einer Ausschreibung, bietet klare Orientierung, nachvollziehbare Lieferobjekte und kurz gehaltene Prüfschritte. Er ist als Arbeitsinstrument gedacht; die konkrete Praxistauglichkeit und messbare Effekte in unterschiedlichen Kontexten sind in der weiteren Anwendung zu prüfen.

Die Studie ist explorativ, auf die Schweiz fokussiert und basiert auf einer begrenzten Zahl von Interviews; generalisierende Aussagen sind daher mit Vorsicht zu treffen. Weiterführende Forschung sollte zusätzliche Branchenperspektiven einbeziehen und untersuchen, wie sich standardisierte Vorlagen auf Beteiligungsquoten und Prozessaufwände auswirken.



Visar Lala